



**PAEDOL**



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft | Oldenburg-Stadt

neu: Staugraben 4a | 26122 Oldenburg | Tel.: 0441 / 957 28 45 (Mi + Do 15:00 – 18:00)

neu: [www.gew-oldenburg.de](http://www.gew-oldenburg.de)

## Editorial

Selten kommt die PaedOL – aber sie kommt jetzt immerhin jedes Jahr. Und sie will unsere Oldenburger GEW-Mitglieder informieren über Oldenburger Entwicklungen und Oldenburger Diskussionen. Ganz viel Erfolg hätte sie, wenn die Eine oder der Andere motiviert werden könnte, mitzu-

machen in unserer Mitmach-Gewerkschaft; oder es gar besser zu machen als die alten Hasen, die es nach all den Jahren noch nicht aufgegeben haben.

Das macht Arbeit, kann aber auch echt Spaß machen.

## Inhalt

### Es tut sich was an Oldenburger Schulen und Hochschulen

<i>Wencke Hlynadóttir</i>	Oldenburg leistet sich AG Inklusion	3-6
<i>Kreisvorstand</i>	Positionspapier zur Inklusion	6
<i>Joachim Sohns</i>	Schlechte Erfahrungen mit G8 – zur Landtagswahl G9 verlangen?	7-9
<i>Ilke Glockentöger</i>	Mittelbau Uni Oldenburg: An der Uni läuft nichts ohne ihn!	10-11

### Tarifauseinandersetzung 2013

	Es ist wieder soweit ...	12
<i>Kreisvorstand</i>	Mitgliederbrief: Aufbau eines Informationsnetzes	13

### Zur Diskussion: Schulen ändern sich – ändern sich auch die Strukturen der GEW?

<i>Hansjürgen Otto</i>	Fachgruppen – warum nicht ganz anders?	14
<i>Monika de Graaff</i>	Fachgruppe GHS – und sie bewegt sich doch!	15

### GEW-Stiftung „Bildung und Solidarität“

<i>Stiftungsvorstand</i>	Rechenschaft und Spendenaufruf 2012	16
<i>Bahattin Aslan</i>	Erkundungsbericht: „Die Hölle im Moor“	17
<i>Reimer Meyn</i>	Jugendtheateraustausch 2012: Deutschland - Südafrika	18
<i>Orga-Team</i>	Anti-Bias-Tage an der Uni Oldenburg	19

### GEW intern

<i>Paul-Willem Schläfke</i>	<b>Gönnt Euch Was</b> 2011: tolle Musik – wenig Resonanz	20
<i>Kreisvorstand</i>	Mitglieder und Adressen von Vorstand und Stiftung	21
	Die GEW ist umgezogen	22
	Irmelin Schachtschneider ist tot	23
<i>Kreisvorstand</i>	<b>Einladung zur JahresHauptversammlung am 22.11. 2012</b>	24
	Impressum	24

## Es tut sich was an Oldenburger Schulen und Hochschulen

### Oldenburg leistet sich AG Inklusion

Am 13. Dezember 2006 trat in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Gut fünf Jahre später, am 20. März 2012, beschloss der Niedersächsische Landtag eine Schulgesetznovelle, durch die inklusive Bildung ab dem Schuljahr 2013/ 2014 verbindlich an niedersächsischen Schulen für Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache eingeführt wird. Das bedeutet, dass der *Primarbereich* im Förderschwerpunkt Lernen beginnend mit dem 1. Schuljahr vollständig an die Grundschulen verlagert wird. In den Förderschwerpunkten Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung besteht beginnend mit dem 1. Schuljahr Elternwahlrecht zwischen den zuständigen Grundschulen und den Förderschulen. Für alle anderen Förderschwerpunkte muss im Primarbereich beginnend mit der 1. Klassenstufe übergangsweise mindestens eine inklusive Schule (Schwerpunktschule) für das Elternwahlrecht benannt sein. Im *weiterführenden* Bereich muss - abgesehen von den Gesamtschulen - je Schulform beginnend mit der 5. Klassenstufe übergangsweise mindestens eine inklusive Schule (Schwerpunktschule) für das Elternwahlrecht benannt sein.

Da das Schaffen der Voraussetzungen zur Umsetzung der Inklusion bis zu diesem Zeitpunkt nicht gewährleistet werden kann, erlaubt sich Niedersachsen eine Übergangsphase, bis dann spätestens ab dem Schuljahr 2018/2019 alle Schulen inklusiv arbeiten müssen.

Die Übergangsregelungen des § 183 c NSchG sehen vor, dass die Schulträger ab dem Schuljahr 2013/14 für ihre Grundschulen (aufsteigend ab dem 1. Schuljahrgang) und ihre weiterführenden Schulen (aufsteigend ab dem 5. Schuljahrgang) einzelne inklusiv arbeitende „Schwerpunktschulen“ für die Eltern schaffen, die eine allgemeine



Schule für ihr behindertes Kind wünschen. Dabei müsse gewährleistet sein, dass Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung wenigstens eine inklusive Schule in ihrem unmittelbaren Einzugs- bzw. Wohnbereich erreichen können.

Kritisch bleibt, dass die verpflichtende Einführung der inklusiven Beschulung ab dem Schuljahr 2013/2014 für alle ersten Klassen der Grundschulen und allen fünften Klassen der Weiterführenden Schulen durch die Beschränkung auf nur einige Förderschwerpunkte sowie durch die Bildung sogenannter Schwerpunktschulen (s.o.) verwässert wird.

### AG-Inklusion in Oldenburg

Zeitgleich mit der Verabschiedung des neuen Schulgesetzes wurde in Oldenburg die Arbeitsgruppe Inklusion (AG-Inklusion) mit dem Ziel gegründet, die Umsetzung der Inklusion an Oldenburger Schulen zu begleiten.

Projektleiter dieser AG ist Herr Dr. Lindemann (Institut für Sonder- und Rehabilitationspädagogik der Uni Oldenburg). Mitglieder sind knapp 40 Personen aus unterschiedlichen Interessensvertretungen. Stark vertreten mit ca. einem Drittel für den Bereich Schule und Bildung sind Schulleiterinnen und Schulleiter der verschiedenen Schulformen sowie aller Förderschulen. Ein weiteres Drittel der Mitglieder vertreten Bereiche der Stadt-

verwaltung. Selbsthilfegruppen und der Behindertenbeirat sind mit insgesamt drei Mitgliedern vertreten.

Kolleginnen und Kollegen, die jahrelange praktische(!) Erfahrung mit der Integrationsarbeit haben, finden sich auf der langen Mitglieder-Liste der AG-Inklusion nicht. Das mag sicherlich gute Gründe haben?! Seitens der Verwaltung wurde die Zusammensetzung nach dem Delegationsprinzip damit begründet, da die Arbeitsgruppe sonst zu groß und ein erfolgreiches Arbeiten nicht mehr möglich wäre.

Die gesetzlichen Regelungen zur Inklusion im Niedersächsischen Schulgesetz kamen in der Tat äußerst spät. Den Wunsch vieler Eltern behinderter Kinder nach einer Beschulung im Regelschulsystem sowie die erfolgreiche Arbeit mit dem Regionalen Integrationskonzept Oldenburg (RIKO) und auch in Integrationsklassen gibt es seit langem.

Die AG-Inklusion hat eine verantwortungsvolle Aufgabe unter nun immensem Zeitdruck übernommen; seit Mai tagt sie einmal monatlich. Angesichts der Komplexität der Sache hat die AG Unterarbeitsgruppen zu folgenden Themen gebildet:

- Schwerpunktschulen
- Fortbildung
- Bauliche Maßnahmen
- Personelle Ressourcen
- Übergang KiTa-Grundschule
- Elterninformation

Um Anregungen, Wünsche, aber auch Ängste aller Oldenburgerinnen und Oldenburger bzgl. der Umsetzung der Inklusion mitzunehmen, aber auch um sich und ihre Arbeit vorzustellen, veranstaltete die AG im Juni eine allgemeine Info-Veranstaltung im PFL.

Hier waren tatsächlich auch viele Kolleginnen und Kollegen aus den Grundschulen und aus den Weiterführenden Schulen vertreten, die ab kommenden Schuljahr inklusiv beschulen sollen. Also genau diejenigen, die ganz konkret die Arbeit umsetzen sollen, die andere gerade jetzt an ihrem Schreibtisch planen und beschließen.

Der bunte Fächer an Fragen aus dem Publikum zeigte, wie umfangreich das Thema per se, aber auch im Speziellen ist. Besonders aufhorchen ließ mich die Frage einer Gymnasialkollegin, was denn

ziendifferenter Unterricht sei. Auf dem Gymnasium gäbe es schließlich nur ein Ziel - und das sei das Abitur.

Nach der Erstellung eines Arbeitsplans befragte die Uni Oldenburg für den Schulträger und für die AG in einer Eingangsbefragung über die Startpläne alle Lehrerinnen und Lehrer, PMs und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Regelschulen, wann sie sich in der Lage sähen, inklusive Beschulung umzusetzen.

Zusätzlich fragte der Schulträger bei allen Schulen ab, wann sie bereit seien, sich für einzelne Förderschwerpunkte oder auch für alle zu öffnen. Diese Abfrage soll die notwendige Festlegung des Trägers vorbereiten, der bis zum 01.02. kommenden Jahres die Aufgabe hat, für alle Förderschwerpunkte Schwerpunktschulen vorzuhalten. Alle *weiterführenden* Schulen seien nach einer gemeinsamen Absprache grundsätzlich bereit, sich ab 2013/2014 für die Inklusion zu öffnen, sofern die notwendigen baulichen, organisatorischen und pädagogischen Ressourcen ausreichen. Von den *Grundschulen* hat sich ein Großteil bei der Abfrage zunächst für das spätestmögliche Schuljahr 2018/2019 bereit erklärt. Ein gemeinsames Treffen Mitte September klärte die Situation jedoch: Nun liegen für jeden Schulbezirk Meldungen von Schulen vor, die bereit sind, inklusiv zu beschulen. Die Verwaltung muss nun Schulen benennen, die als Schwerpunktschulen den Übergang gewährleisten.

### Schwerpunktschulen für den Übergang

Um die Grundschulen nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen, beschlossen die Schulleiterinnen und Schulleiter auf ihrer letzten Sitzung im September, einen Stufenplan mit folgenden Rängen:

Gemäß dem gesetzlichen Auftrag und auch im Sinne der bereits an vielen Schulen gelebten Praxis erfolgt **möglichst** eine Versorgung der Schülerinnen und Schüler direkt an der zuständigen Schule.

Sollte dies aus baulichen, organisatorischen oder pädagogischen Gründen nicht möglich sein, findet im Rahmen von Verteilerkonferenzen eine



stufenweise Übergabe an eine „Nachbarschule“, „Schule im Verbund“ oder „Schule im Stadtgebiet“ statt.

Als „Schule vor Ort“ oder „Nachbarschule“ sind alle Schulen am Prozess beteiligt. Als „Schule im Verbund“ oder „Schule in der Stadt“ sind nur als inklusive Schule benannte Schulen beteiligt (in Anlehnung an „Schwerpunktschulen“ laut NSchG – ein Ausdruck, der wegen mangelnder Akzeptanz nicht gewählt wurde). Dabei soll das Ziel sein, dass möglichst früh möglichst viel Inklusion umgesetzt wird, bis dann der Anteil an Schulen bis 2018/29 kontinuierlich auf 100% gesteigert ist.

Von den Grundschulen haben sich bis dato lediglich zwei Schulen bereiterklärt, Schwerpunktschule als Übergangslösung bis 2018 zu werden. Dabei lägen auch an anderen Grundschulen bereits die Grundvoraussetzungen vor:

- Gute (sozial)räumliche Verteilung
- Ausgangslage der Schulen (Erfahrung mit Integrations- oder Kooperationsklassen oder mit RIKO)
- bauliche Umsetzbarkeit im Zeitrahmen (Barrierefreiheit ...)

In gemeinsamer Absprache konnten sich die Schulen nun aber einigen, in welcher Reihenfolge die Schulen inklusiv beschulen können. Diese Vorschläge müssen jetzt in anderen Gremien und letztendlich im Schulausschuss beraten und beschlossen werden.

Seit Mitte Juli finden Begehungen in einzelnen Schulen statt. Raumprogramme sollen in Kürze fertig sein und werden dann auch in den Schulausschuss eingebracht. Der Fokus war hauptsächlich auf bereits vorhandene Inklusionsräume und auf die Barrierefreiheit gerichtet. Die AG wird in den kommenden Wochen an einem Verwaltungsvorschlag arbeiten, der letztendlich im Schulausschuss, ggf. auch im Rat vorgestellt und beschlossen werden muss.

### Voraussetzungen für das Gelingen

Die GEW hat auf allen Ebenen beraten, welche Bedingungen hergestellt werden müssen, damit die Inklusion gelingen kann. Die Landes-GEW hat ihre Positionen in E&W Niedersachsen 03/04-2012 (S. 18f.) veröffentlicht. Der Oldenburger Kreisvorstand hat nachfolgenden Beschluss gefasst.

Nur wenn diese Voraussetzungen geschaffen werden, besteht die Möglichkeit, in den Niedersächsischen Schulen eine erfolgreiche inklusive Beschulung zu implementieren. Die AG-Inklusion ist deshalb gefordert, schnellstmöglich die Politik in Stadt und Land davon zu überzeugen, die notwendigen Ressourcen bereitzustellen, damit der Start gelingen kann! Denn Oldenburg will die Inklusion an Schulen - unter Voraussetzungen, die die Kinder, die Eltern und auch die Lehrkräfte zufriedenstellen.

*Wencke Hlynisdóttir*

Mitglied im Schulausschuss für die Lehrkräfte an Allgemeinbildenden Schulen, 15.09.12

## Positionspapier Inklusion

**Der Kreisvorstand der GEW Oldenburg-Stadt hat am 21. Juni 2012 folgendes beschlossen:**

„Der GEW-Kreisverband Oldenburg-Stadt begrüßt ausdrücklich, dass der Inklusionsgedanke in Deutschland endlich aufgegriffen wird und in Niedersachsen (also auch in Oldenburg) in den Schulen ab 2013 umgesetzt werden soll.

**Der GEW-Kreisverband Oldenburg-Stadt befürchtet jedoch,**

- dass die Lehrkräfte aller Schulformen mit Ängsten dieser Aufgabe entgegensehen, da sie für diese Arbeit nicht ausgebildet sind,
- dass die Klassenfrequenzen nicht ausreichend gesenkt werden, um diesen Anforderungen gerecht werden zu können,
- dass die Schulen nicht anspruchsgerecht ausgestattet werden,
- dass das Kultusministerium Möglichkeiten zur Lehrerstundeneinsparung sieht, da die Förderschulen weniger frequentiert werden.

**Der GEW-Kreisverband Oldenburg-Stadt erhofft sich**

- durch die von der Stadt eingerichtete Inklusionsarbeitsgruppe eine fachliche versierte Planungsarbeit,
- durch die angestrebten „Inklusionsschwerpunktschulen (3-4 Grundschulen, ein Gymnasium, alle IGS) sich entwickelnde Kompetenzzentren, die anderen Schulen Unterstützung und Beratung zukommen lassen werden.

**Der GEW-Kreisverband Oldenburg-Stadt fordert**

- von der Landesregierung Fortbildungskurse für betreffende Lehrkräfte vor dem Start der Inklusionsschulen,
- eine ausreichende Doppelsetzung von Lehrkräften und angemessene Klassenstärken,
- eine begleitende Unterstützung der Lehrkräfte durch die Universität während der Inklusionsstartphase,
- eine räumlich und medial sachgemäße Ausstattung der Schulen durch die Stadt Oldenburg.

Fraglich bleibt bei all den Bestrebungen, Inklusion umzusetzen, wie dieses in einem gegliederten Schulsystem möglich sein soll. Denn: Inklusion verbietet ein „Selektieren“ nach Begabung und Schullaufbahnempfehlung.“

### Übrigens:

- Inklusion ist auch das Schwerpunktthema der diesjährigen **JHV am 22. November 2012** (die Einladung dazu findet Ihr auf der Rückseite dieser PaedOL)
- Inklusion wird auch das Thema einer **Tagesveranstaltung** sein, die der Kreisverband für Anfang **2013** plant (dazu wird gesondert informiert)

## Schlechte Erfahrungen mit G8 – zur Landtagswahl G9 verlangen?

Der Reformmarathon der letzten Jahre hat einen Wunsch übergroß werden lassen: Es möge Ruhe und Beständigkeit einkehren! Die Vorstellung, die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf 8 Jahre werde durch eine neuerliche Reform umgekehrt, ist vielen ein Graus. Zudem ist für Kultusminister Althusmann (CDU) die G8-Reform ein Erfolg. In einer Landtagsdebatte verteidigte er das Turbo-Abitur gegen heftige Kritik der Opposition: Bei den Absolventen des Abiturs nach 12 und nach 13 Jahren hätten sich bei den Prüfungen vor einem Jahr nahezu keine Unterschiede feststellen lassen (vgl. Hamb. Abendblatt 18.7.12). Doch was bedeutet G8 für das Lernen bis zum Abitur?

### Reaktionen auf Kritik an G8

Ein BBS-Kollege sagte kürzlich: „G8 – find` ich gut! Seitdem haben wir an den berufsbildenden Schulen einen stetigen Zustrom von Gymnasialschülern, die bei uns nach 13 Jahren das Fachabitur ablegen wollen.“ 20% des ersten G8-Jahrganges, der 2011 das Abitur ablegen sollte, gingen dem Gymnasium unterwegs „verloren“. Offensichtlich hat die Schulzeitverkürzung zu größerem Druck geführt, denn auch die Zahl der Oberstufenschüler, die auf eigenen Wunsch ein Jahr wiederholen, erhöhte sich signifikant. Dementsprechend votieren 53 % der Bundesbürger lt. einer Emnid-Umfrage für G9 (in Westdeutschland 59%), nur 41% (33 %) befürworten G8 (Focus-online, 7.7.12). Immer mehr Bundesländer versuchen, der Kritik an entstandenen Missständen zu begegnen:

- In Rheinland-Pfalz gilt G9 nach wie vor als Regelfall, G8 gibt's nur an 19 Ganztagsgymnasien.
- NRW und Schleswig-Holstein stellen den Gymnasien unter bestimmten Bedingungen frei, zu G9 zurückzukehren. Doch in NRW entschieden sich nur 13 von 600 Gymnasien zur Umkehr, in Schleswig-Holstein 15 von 100, dort stieg aber die Schülerzahl an G9-Schulen.
- Im Juli versprach Hessens Ministerpräsident Bouffier (CDU) – obwohl G8-Befürworter – ge-



meinsam mit der neu eingeführten Kultusministerin Beer (FDP), dass alle Gymnasien zum Schuljahresbeginn 2013/2014 die Wahl zwischen G8 und G9 bekommen sollen.

- Die Landesregierung in Baden-Württemberg (Grüne/SPD) beschränkte entgegen ihrem Wahlversprechen, flächendeckend G9-Züge einzuführen, die Zahl der Schulen, die G8- und G9-Züge führen, auf 44. Nur sieben Schulen stellten ganz auf G9 um. An den reformierten Schulen besuchen 2178 SchülerInnen den G9-Zug und 502 einen G8-Zug.
- An Bremens Ober-, Hamburgs Stadtteil- und Berlins Sekundarschulen legen die SchülerInnen nach neun Jahren das Abitur ab, an den herkömmlichen Gymnasien nach acht Jahren.
- Bayerns Ministerpräsident Seehofer und Kultusminister Spaenle (CSU) gaben grünes Licht für ein „Intensivierungsjahr“, in dem vom Schuljahr 2013/2014 an SchülerInnen mit Schwächen in der 8., 9. oder 10. Klasse die Chance erhalten, ein Jahr lang „intelligent zu wiederholen“, ohne dass das als Sitzenbleiben zählt - eine Verlängerung bei letztendlich unverändertem Lehrplan. Tatsächliches Sitzenbleiben und das Wiederholen eines Schuljahres auf freiwilliger Basis gab es aber ohnehin bereits unter G8-Bedingungen.
- Landesregierungen, die es vermeiden, G9 wieder landesweit einzuführen, sondern scheinbar den Elternwünschen entsprechen und gleichzeitig den einzelnen Gymnasien den Schwarzen Reform-Peter zuschieben, stürzen diese mit der Zu-

lassung von Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 in offen-sichtlich größte Schwierigkeiten, eine sinnvolle und praktikable Synchronisation beider Formen herbeizuführen. Eine gute Lösung zeichnet sich dabei bisher nicht ab.

### Folgen von G8 – ein ganz persönlicher Eindruck

Grünen-Bildungsexpertin Korter kritisierte im Landtag: „In den G8-Gymnasien hat sich das Lernen weitgehend zum Fast-Food-Lernen entwickelt: schnell auswendig lernen, schnell ausspucken, schnell vergessen!“ (Neue Presse Han. 19.7.12) Minister Althusmann entgegnete, die Lehrpläne seien „entrümpelt“ worden, so dass in weniger Zeit auch weniger Stoff zu bearbeiten sei. Wer hat Recht?

- Den Eindruck, dass der Inhalt meines Unterrichts bisher aus „Gerümpel“ bestand, hatte ich nicht. Zwar haben sich Schulkollegien in zahlreichen Sitzungsstunden verantwortungsvoll bemüht, neu gestaltete, aber wenig gekürzte Curricula den G8-Bedingungen anzupassen. Trotzdem: Eine Reduzierung von durchaus sinnvollen Unterrichtsinhalten und Standards ist unter G8 meiner Meinung nach unvermeidlich, auch wenn die im 13. Jahr „eingesparten“ Stunden auf die übrigen acht Jahre verteilt werden. Es bedeutet oft eine Überforderung an Konzentrationsfähigkeit und Abstraktionsvermögen, wenn Unterrichtsstunden und -inhalte auf untere Schuljahre und auf 8./9. Stunden „verlegt“ werden - der Unterrichts- und Lernerfolg kann nicht derselbe sein, zumal die gymnasiale Ganztagschule oft nur eine Verlängerung von rein kognitiven Tätigkeiten bis hinein in den Nachmittag bedeutet. Schon ab Klasse 5 ist die wöchentliche Pflichtstundenzahl deutlich angestiegen und die Stofffülle verdichtet worden (z.B. Bruchrechnung oder athenische Demokratie schon ab Ende 5).
- Deshalb überraschte es mich nicht, als mir ein Bremer Professor berichtete, dass Unis heutzutage gezwungen seien, Einführungskurse vor das Studium zu schalten, damit die angehenden Studenten den Vorlesungen überhaupt folgen können. In die Unis kommen heute zunehmend 17 Jahre alte Abiturienten, die z.B. von der FAZ (vgl. [www.faz.net/](http://www.faz.net/) aktuell /politik: Auch oh-

ne G8, 2.7.12) als „studierberechtigt, aber deshalb noch lange nicht studier-befähigt“ bezeichnet werden: „Allerdings war dafür nicht allein die Verkürzung der Schulzeit verantwortlich, sondern die ermäßigten Anforderungen in den neuen gymnasialen Prüfungsformaten.“ Eine Studie der Fachhochschule Aachen bestätigt diesen Vorwurf. Etwa jeder 2. Technikstudent bricht sein Studium ab. Die Studie untersuchte, warum. Sie fand u.a. heraus, dass sich die Mathe-Kenntnisse der angehenden Studenten dramatisch verringert hatten. Die Schuld dafür gibt sie „den Kompetenz-fixierten Lehrplänen“ („Konzept ‚allgemeiner‘ Kompetenzen ohne Inhalte“) und der Verkürzung auf G8. „Vor allem die Abschaffung der Leistungskurse (...) und die damit verbundene Stundenkürzung seien für mathematisch interessierte Schüler ‚katastrophal‘.“ (Frankf. Rundschau 21.9.12)

- In der Tat hat die Erhöhung der Zahl der abiturrelevanten Kurse bei gleichzeitiger Reduzierung der Stundenzahl einzelner Kurse das Problem weiter verschärft. Denn nun gibt’s mehr Klausuren, aber weniger Zeit pro Thema. Lernen unter diesen Bedingungen, unter alleiniger Ausrichtung auf die Anforderungen des Zentralabiturs, heißt in der Tat oft ein reines „learning for the test“. Selbständiges Denken abseits des Curriculums oder neugieriges Schauen nach links oder rechts lässt bei der Lehrkraft schnell das schlechte Gewissen wach werden: „Ich vernachlässige die Vorbereitung auf die Abituranforderungen, die Schüler müssen’s bezahlen... Zurück zum Thema!“
- Pubertät setzt eigene Schwerpunkte unabhängig vom Lehrplan. Die Reflexion über bestimmte philosophische, politische, literarische oder emotionale Themen setzt eine gewisse mentale Reife voraus, Mathematik der Oberstufe ein hohes Abstraktionsvermögen. Da auch das Einschulungsalter sinkt, bearbeiten heute Schüler z.B. Gedichtinterpretationen des 10. Schuljahres zwei Lebensjahre früher – und scheitern, weil zwei Jahre in diesem Entwicklungsalter eine große Rolle spielen.
- Übereinstimmend sind die Erfahrungen von Schülern, Eltern, Vereinen und Schulen in einem Punkt: Die Verlängerung von Unterrichtszeit in den Nachmittag mit Pflicht zur anschließenden Nach- und Vorbereitung geht zu Lasten kreativer, gemeinnütziger oder sportlicher Betätigung. Ab



der siebten Klasse wird es leer in den freiwilligen Arbeitsgruppen, immer weniger gehen in den Schulchor, und der Tagesablauf der Oberstufenschüler ist so eng getaktet, dass Stunden im Schülerrat oder bei der OLMUN kaum hineinpassen.

- Der Anteil der Abiturienten, der sich für einen dualen Ausbildungsplatz interessiert, scheint zugenommen zu haben. Schlechtere Karten für die anderen SchulabgängerInnen. Denen aber ist der Wechsel zum Gymnasium durch G8 zusätzlich erschwert worden: Die Verdichtung des Unterrichtsstoffs bei verkürzter Lernzeit lässt die Unterschiede pro Schuljahr noch größer werden.

### Lässt sich G8 erträglich gestalten?

Ich denke, die Erfahrungen sprechen dagegen, den G8-Lehrplan beizubehalten, auch, wenn er durch G9 ergänzt wird. Zudem würden dann SchülerInnen – wie Eltern – zu frühzeitigen Entscheidungen gezwungen, wenn 12 oder 13 Schuljahre an einem Gymnasium parallel laufen, denn sie müssten sich schon am Ende der Grundschule entscheiden, ob sie die Klassen vor der Oberstufe in 6 oder 7 Jahren durchlaufen. Jugendliche entwickeln sich aber nicht linear, sondern mit Rückschritten, Fortschritten und manchmal mit „Sprüngen“ nach vorn oder zurück. Das Gymnasium sollte grundsätzlich flexible Lernzeiten möglich machen, denn auch das Gymnasium hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass Heterogenität nicht zur Selektion führt. An die Stelle

von G8 sollte eine flexible Schulzeit mit Möglichkeiten treten, Lernzeiten zu individualisieren. Auf jeden Fall muss die Anzahl der Abiturprüfungsfächer wieder auf vier beschränkt und müssen die Leistungskurstunden wieder auf fünf Stunden erhöht werden.

Sicher, neue Reform bedeutet neuen Stress. Aber Zeit zu bekommen, in Ruhe zu unterrichten, zu wiederholen und Defizite auszugleichen, Zeit, Interessen von SchülerInnen aufzunehmen und sich entfalten zu lassen, bedeutet Freude an der Arbeit und weniger Stress.

*Joachim Sohns*  
(einige Passagen habe ich aus „Betrifft Gymnasium“ Sept. 12 übernommen)

# ohne UNS geht hier nix!

## Wir haben es satt

An der Universität Oldenburg sind mehr als 1.000

Mitarbeiter\_innen im akademischen Mittelbau in Wissenschaft und Lehre beschäftigt. Sie lehren und forschen und sind ein wichtiger Bestandteil der Universität. Die Beschäftigungswirklichkeit der Mittelbauer\_innen wird immer schlechter und steht im krassen Widerspruch zu der allgegenwärtigen Rhetorik der ‚Exzellenz‘: Zu viele Stellen im Mittelbau sind Teilzeitstellen – die zu erfüllenden Aufgaben und Anforderungen lassen sich in der vertraglich festgelegten Arbeitszeit nicht realisieren. Unbezahlte Überstunden sind nicht nur die Regel, sondern werden sogar erwartet. Zeit für eigene Weiterqualifizierung (Promotion, Habilitation) bleibt dabei kaum. Hinzu kommt, dass über vier von fünf Stellen im Mittelbau befristet sind; Arbeitsverträge werden oft nur kurzfristig und für kurze Zeiträume – teilweise wenige Monate – verlängert. Zusätzlich erschweren ‚gestückelte‘ Verträge eine langfristige Planung nicht nur von universitären Projekten und individuellen Karrieren, sondern auch des Privatlebens.

## Wir fordern

Die Situation des Mittelbaus ist so

nicht länger tragbar! Unter den Arbeitsbedingungen leiden nicht nur die Beschäftigten selbst, sondern auch die Qualität von Lehre und Forschung allgemein. Wir fordern: Eine Reformierung der Personalstruktur, volle Bezahlung bei voller Beschäftigung, mehr Dauerstellen für die vorhandenen Daueraufgaben, längerfristige Einstellungsverhältnisse sowie die Förderung und Flexibilisierung der wissenschaftlichen Qualifizierung! Wir sind ein großer und wichtiger Bestandteil der Universität: Ohne uns geht hier nix! Um darauf aufmerksam zu machen, tragen wir in den nächsten Wochen einen Button mit der Aufschrift „Mittelbau“. Wer sich mit uns solidarisieren möchte, kann das gerne tun: die Buttons liegen aus!

Eine ausführliche Darstellung der Situation des Mittelbaus und unsere Forderungen sind nachzulesen unter

[www.mittelbauinitiative.uni-oldenburg.de](http://www.mittelbauinitiative.uni-oldenburg.de)



## An der Uni läuft nichts ohne sie!

Beschäftigte der Hochschule protestieren gegen die schlechten Arbeitsbedingungen

An diesem Dienstagmittag kurz vor Semesterende war der Campus der Uni Oldenburg voller kleiner leuchtender Punkte. Viele Beschäftigte haben sich am Stand der Mittelbauinitiative vor der Mensa mit den orangefarbenen Ansteckbuttons versorgt, um sie selbst zu tragen oder an Kolleg\_innen weiterzugeben. Auch einige Studierende haben sich die Buttons an ihren Jacken und Taschen befestigt, um diese Aktion zu unterstützen. Denn durch das Tragen der Buttons wird die Unzufriedenheit über die Arbeitsbedingungen an Uni zum Ausdruck gebracht – und die wirken sich schließlich auch bei den Studierenden aus.

Die Mittelbauinitiative Oldenburg hatte diese Protestaktion initiiert, an der viele Kolleg\_innen teilnahmen und über die auch die Lokalpresse berichtete. Nachdem dieses Frühjahr bei zwei Strategieworkshops Beschäftigte aus allen Fakultäten zusammen gekommen waren und über ihre politischen Handlungsmöglichkeiten diskutierten, wurde die Initiative gegründet, um sich für eine Verbesserung der Situation des Mittelbaus einzusetzen. Zum Mittelbau zählt die Gruppe dabei alle, die in der Wissenschaft arbeiten und keine Professur haben. Mittelbaubeschäftigte sind beispielsweise wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen, die an der Uni ihren Doktor machen oder in einem Forschungsprojekt arbeiten. Auch die wachsende Zahl von Lehrkräften für besondere Aufgaben, die sich selbst auch manchmal als „Lehrkräfte für besondere Ausbeutung“ bezeichnen, gehört zum Mittelbau. Diese müssen auf einer vollen Stelle bis zu 18 Stunden lehren, was durchaus mit der Stundenzahl von Lehrer\_innen in der Schule vergleichbar ist – aber keineswegs besser bezahlt wird.

Doch für die Oldenburger Initiative sind auch die schlecht bezahlten wissenschaftlichen Hilfskräfte oder Menschen ohne Stelle an der Uni wie Stipendiat\_innen und Lehrbeauftragte Teil des Mit-

telbaus. Denn auch wenn manche Promovierende sich über ein Stipendium oder mit Nebenjobs finanzieren oder sich als Lehrbeauftragte ohne Stelle an der Hochschule über Wasser halten – ohne sie läuft in Forschung und Lehre nichts. So gibt es an deutschen Hochschulen inzwischen mehr „Lehrsklaven“, die auf Honorarbasis arbeiten, als Professor\_innen.

Doch auch für die Mitarbeiter\_innen an der Hochschule sind die Bedingungen schlecht. Von zehn Beschäftigten in der Wissenschaft haben neun einen befristeten Arbeitsvertrag, Dauerstellen jenseits der Professur sind zur Ausnahme geworden. Weiterhin werden viele Stellen nur als Teilzeitstellen ausgeschrieben, obwohl die Arbeit meistens gar nicht in der reduzierten Zeit zu schaffen und damit unbezahlte Mehrarbeit die Regel ist. Ein weiterer Kritikpunkt sind die kurzen Vertragslaufzeiten. Wie an anderen Universitäten hat auch an der Carl von Ossietzky Universität über die Hälfte der Arbeitsverträge eine Dauer von weniger als einem Jahr. Unterbezahlt und überarbeitet hangeln sich viele von einem Vertrag zum nächsten. Mit kleinen orange Buttons haben sie im Sommer auf ihre Situation aufmerksam gemacht – im Herbst werden sie hoffentlich die Früchte dieser Kampagne ernten können.

*Ilke Glockentöger*

### Weitere Infos unter:

[www.mittelbauinitiative.uni-oldenburg.de](http://www.mittelbauinitiative.uni-oldenburg.de)

## Es ist wieder soweit ...

... die Vorbereitungen für die Tarifrunde 2013 im öffentlichen Dienst der Länder beginnen!

Für die GEW steht außer Frage, dass die neuen Abschlüsse nicht unter den Tarifabschlüssen bei Bund und Kommunen vom Mai dieses Jahres liegen dürfen.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat inzwischen auch die Urlaubsregelungen im TV-L gekündigt, so dass diese ebenfalls Verhandlungsthema werden.

Der Widerstand unseres Arbeitgebers (Land Niedersachsen) wird hartnäckig sein, und ohne gewerkschaftliche Aktionen werden wir nichts erreichen können.

**Eine** gewerkschaftliche Aktion kann ein **Streik** der im Angestelltenverhältnis arbeitenden Kolleginnen und Kollegen sein.

### Was genau passiert in so einem Fall? Wie wird zu einem STREIK aufgerufen?

Die Gewerkschaften können eine Urabstimmung bei ihren Mitgliedern durchführen. Stimmen mehr als 75 % der gewerkschaftlich organisierten ArbeitnehmerInnen für einen Arbeitskampf, ist der STREIK rechtens. Seitens der Arbeitgeber darf es während dieser Zeit keine nachteiligen Handlungen wie z.B. Abmahnungen, Kündigungen oder Vermerke in die Personalakte geben.

Während einer STREIKmaßnahme befinden wir uns in ungekündigter Stellung und haben auch nach der Arbeitskampfmaßnahme Anspruch auf unseren Arbeitsplatz

Wir ArbeitnehmerInnen dürfen keine arbeitsrechtlichen Nachteile erfahren, **außer** dass wir während der Arbeitsniederlegung keinen Anspruch auf unsere Vergütung haben. Gewerkschaftsmitglieder haben in diesem Fall einen Rechtsanspruch auf **Streikgeld**. Wir müssen uns in eine Streikliste der Gewerkschaft eintragen und haben dann einen Rechtsanspruch auf das Streik-

geld. Dieses **Streikgeld** richtet sich nach der jeweiligen Einkommenshöhe und der Art und Dauer des Streiks. Bei kurzfristigen Streiks wird etwa 90 Prozent des Netto-Einkommens gezahlt.

Auch die GEW unterstützt während solch einer Arbeitskampfmaßnahme mit dem **Streikgeld** ihre aktiven Mitglieder. Und sie bietet noch viel mehr:

- Die GEW vertritt unsere Interessen am Arbeitsplatz und in der Politik.
- Wir erhalten Rechtsschutz und Rechtsberatung.
- In unserem Mitgliedsbeitrag ist eine Berufshaftpflichtversicherung enthalten.
- Wir sind bei Verlust unseres Dienstschlüssels versichert.
- Und noch vieles mehr ...

Es gibt vielleicht noch die eine oder andere offene Frage zu den kommenden Tarifverhandlungen?

### Einfach Kontakt aufnehmen:

GEW Geschäftsstelle  
Staugraben 4a  
26122 Oldenburg  
mittwochs und donnerstags von 15.00 – 18.00 Uhr  
Tel.: 0441 – 9572845  
info@gew-oldenburg.de

## Aufbau eines Informationsnetzes

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit diesem Brief wendet sich der KV Oldenburg-Stadt speziell an die im Angestelltenverhältnis des Landes arbeitenden Kolleginnen.

(an den Schulen: die Lehrkräfte, Pädagogischen MitarbeiterInnen, SchulassistentInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen, pädagogische MitarbeiterInnen, TherapeutInnen; an den Hochschulen: die wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen MitarbeiterInnen aller Art)

Wie wahrscheinlich den meisten bekannt ist, ändert sich 2012 tariflich überhaupt nichts für die Beschäftigten im Landesdienst.

Aber ab Januar beginnt die die Tarifrunde 2013 für alle Bundesländer mit Ausnahme von Berlin und Hessen.

Für die Gewerkschaften steht außer Frage, dass die neuen Abschlüsse nicht mehr unter den Tarifabschlüssen bei Bund und Kommunen im Mai diesen Jahres liegen dürfen. Doch der Widerstand der Arbeitgeber (Bundesländer) wird hartnäckig sein, und ohne gewerkschaftliche Aktionen - bis hin zu Warnstreiks - wird nichts erreicht werden können. Selbst ein Streik ist nicht auszuschließen. Die Absicht unseres Briefes ist es, ein Informationsnetz aufzubauen, damit kurzfristige Entscheidungen, Aktionen der Bezirks- und Landesvorstände schnell mitgeteilt und unterstützende Maßnahmen koordiniert werden können.

Würden wir erst während der Tarifrunde damit beginnen, würden viele Informationen zu spät ankommen.

Wir bitten euch nachdrücklich, uns eure eMail-Adresse mitzuteilen und - wenn ihr es für euch gedanklich schon „klar“ habt - auch mitzuteilen, ob ihr Streikaktionen, Mitmachaktionen oder Veranstaltungen zur Tarifauseinandersetzung unterstützen möchtet. Um etwas zu erreichen, sind wir

auf eure Hilfe angewiesen. Wir können und sollten auch nicht alles ver.di überlassen.

Bitte teilt uns unter info@gew-oldenburg.de eure Angaben für das Infonetz (siehe Tabelle) mit!

Mit gewerkschaftlichem Gruß  
Heinz Bührmann  
GEW Kreisvorstand

### Wir wollen von euch folgendes wissen:

Name:
Vorname:
E-Mail-Adresse:
Telefonnummer:
Tätig in folgender Einrichtung:

Unterstützungsbereitschaft: (Mehrfachnennungen möglich)
<input type="radio"/> nur Information
<input type="radio"/> Informationsweitergabe an Dritte
<input type="radio"/> Teilnahme an Aktionen
<input type="radio"/> Streikbereitschaft
<input type="radio"/> keine Streikbereitschaft

Wir danken euch im Voraus für die Beantwortung!

## Fachgruppen – mal ganz anders

Die Organisationsstrukturen der GEW – wer hat die eigentlich erdacht? Ich will es lieber nicht so genau wissen; denn das einzige erkennbare Strukturprinzip ist ein Abklatsch der staatlichen Schulstrukturen: Die GEW gliedert sich in Landesverbände wie die Bundesländer mit ihren Kultusministern; die Bezirke entsprechen den früheren Regierungsbezirken und nun den Regionalabteilungen der Landesschulbehörde; die Kreisverbände entsprechen den jeweiligen Kreisen als Schulträgern; und die Fachgruppen entsprechen den staatlich vorgegebenen Schulformen und Lehrämtern.

Dass sich eine Arbeitnehmerorganisation in ihren Strukturen so anlehnt an ihre Arbeitgeber – das kennt man von den Standesverbänden, die sich eher als Partner denn als Gegner ihrer Arbeitgeber verstehen, oder von den „gelben“ Gewerkschaften, die sich Arbeitgeber als zahme Hündchen halten. In der deutschen Gewerkschaftslandschaft ist das eher untypisch: *ver.di* und *IG Metall* z.B. organisieren sich regional und fachlich nach eigenen Kriterien; nur die Gewerkschaft der Polizei ist ähnlich aufgebaut.

Ich will ja nicht behaupten, dass die GEW allein schon wegen dieser Strukturen borniert sei wie ein Standesverband oder angepasst wie eine gelbe Gewerkschaft. Die *Regionalorganisation* der GEW erlaubt und fordert immerhin mehr Mitmach-Demokratie vor Ort als andere zentralistische Gewerkschaften. Aber die *Fachgruppenstrukturen* sind in vielen Punkten unproduktiv:

- Jedes Mal, wenn der Staat die Schulstrukturen ändert, besteht Änderungsdruck auch in der GEW – wie jetzt beim sukzessiven Abschied Niedersachsens von der Hauptschule, faktisch auch von der Realschule, demnächst von der Förderschule.
- Wichtiger noch: die GEW hat nie eine entschiedene Position finden können gegen die schädliche Gruppenzersplitterung in den Schulbezirks-

und –hauptpersonalräten, weil sie selbst ähnlich zersplittert ist.

- Entscheidend schließlich: ihre großen strategischen Ziele – Gleichwertigkeit der Lehrämter, Besoldungsgleichheit für alle LehrerInnen und Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems zugunsten Integrierter Gesamtschulen – sind wenig erfolgreich in operatives Handeln umgesetzt worden, weil sie innerhalb der verschiedenen Fachgruppen nicht selten als störend für die tägliche Arbeit betrachtet werden.

Ich will nicht in Frage stellen, dass die GEW-Strukturen denen der Arbeitsplätze ihrer Mitglieder entsprechen sollen. Aber: man muss sich doch nicht an den ungeliebten *vorfindlichen* Schulstrukturen orientieren – besser doch an den *Zielen*, die wir anstreben? Das könnte zum Beispiel so aussehen:

- *eine* Fachgruppe für den *ganzen* Sek-I-Bereich (einschließlich der Gymnasien), als Ausdruck der Gesamtschul-Orientierung;
- *eine* Fachgruppe für den *ganzen* Sek-II-Bereich, als Ausdruck für die bessere Verzahnung allgemeiner und beruflicher Bildung;
- *eine* Fachgruppe für den Primarbereich, am besten verknüpft auch mit dem Elementarbereich;
- Integration des nichtlehrenden Personals in diese Schul-Fachgruppen, als Konsequenz aus der Ganztagschulorientierung;
- Integration der FörderlehrerInnen in die allgemeinen Schul-Fachgruppen als Ausdruck der überfälligen Inklusion.

Mag sein, dass man die Strukturen noch besser machen könnte. Aber das zeitversetzte Nachhinken hinter staatlichen Änderungen oder gar ein Festhalten an den aufgegebenen Schulformen muss mal aufhören

- meint *Hansjürgen Otto*

## Fachgruppe GHS – und sie bewegt sich doch!

Die bildungspolitischen Leitlinien der GEW Niedersachsen sind ein Bekenntnis zu einem ausschließlich integrativen und inklusiven Schulangebot. In der Primarstufe zu führen als inklusive Ganztagsgrundschule mit jahrgangsübergreifender Eingangsphase, in der SEK I und II die Favorisierung der IGS. Lange vor Einführung der niedersächsischen Oberschule forderte die GEW den Hauptschulbildungsgang als eigenständigen Bildungsgang aufzugeben.

Diese Programmatik steht für viele im Widerspruch zur bestehenden Fachgruppenstruktur – besonders im Bereich der SEK I, für die die GEW fast so viele Fachgruppen vorhält wie es Schulformen gibt (siehe Beitrag Hansjürgen Otto). Die Forderungen gehen von Aufgabe des Fachgruppenprinzips, der Forderung nach einer Fachgruppe für alle bis hin zur Beibehaltung der gegenwärtigen Struktur.

Die GEW versteht sich immer noch als Mitmachgewerkschaft und bietet ihren Mitgliedern einen Zugang auf unterschiedlichen Ebenen, die sich ergänzen und einander bedingen: Mitarbeit auf der allgemeinen politischen Ebene, die auf Veränderung der Gesellschaft im Sinne von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit zielt. Zum anderen in der Tarifpolitik, der Vertretung von Arbeitnehmerrechten und des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes. Des weiteren ermöglicht sie den Mitgliedern sich in der Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit in der eigenen Schule oder auch Schulform zu engagieren. Dieser dritte Aspekt ist für viele der bedeutendste und für die eigene aktive Mitarbeit ausschlaggebend.

Für diesen arbeitsplatzbezogenen Zugang haben die Fachgruppen ihre wesentliche Bedeutung. Wenn auch die GEW auf eine Schulform für alle hinarbeitet, über die Fachgruppen kommen viele zur aktiven Mitarbeit.

Dennoch sind Veränderungen in der bestehenden Struktur längst überfällig und werden zur Zeit von den Fachgruppen Grund- und Hauptschulen und Realschulen vorbereitet, damit es auf der nächsten Landesdelegiertenkonferenz 2013 zu entsprechenden Satzungsänderungen kommen

kann. Frühere Vorstöße in diese Richtung blieben offensichtlich erfolglos.

Die Fachgruppe Grund- und Hauptschulen hat ihren Ursprung in der beamtenrechtlichen Einstufung des Grund- und Hauptschullehreramt. Die Arbeitsschwerpunkte der beiden Teilfachgruppen haben sich aber in den letzten Jahren sehr verlagert, die Zusammenarbeit mit anderen Fachgruppen verstärkt.

Die Umsetzung der Inklusion, die Zusammenarbeit im vorschulischen Bereich, die Eingangsstufe, die offene Ganztagsgrundschule und die frühe Schullaufbahneempfehlung sind Schwerpunkte der Grundschularbeit mit speziellen Fragestellungen, Problemen und Aufgaben. Die Hauptschule hat andere Schwerpunkte, z. B. die berufliche Orientierung, die Neudefinition der Schulsozialarbeit, Abschlussarbeiten und Schulabschlüsse. Diese Inhalte haben starken Bezug zu anderen SEK I Schulformen. Daher hat nun der Landesfachgruppenvorstand GHS nach langem Diskussionsprozess die Auflösung der Fachgruppe GHS eingeleitet. Zukünftig soll es die eigenständige Fachgruppe Grundschule geben. Darauf hinzielend arbeiten die Fachgruppen GHS und RS auf Landesebene schon eng zusammen: Bei parallel gelegten Sitzungsterminen wird flexibel nach der alten und der anvisierten FG-Struktur schulstufenbezogen oder –übergreifend getagt. Wichtig ist dies auch für die vielen Kolleginnen und Kollegen der Oberschulen. Hier muss die neue Fachgruppe alle in den HS, RS und ObS arbeitenden Kolleginnen und Kollegen einen. Inwieweit es noch weitere Fachgruppen für den SEK I Bereich geben sollte, bleibt zu diskutieren.

Im KV Oldenburg existiert – wie in den meisten KV – kaum oder keine Fachgruppenarbeit. Diese setzt (von den Betriebsgruppen der großen Schulen abgesehen) auf Bezirksebene an. In Weser-Ems finden die Fachgruppensitzungen in Saage statt und sind offen für Neue und Interessierte. Einfach mal auf der GEW Homepage nachgucken.

*Monika de Graaff*

Vorsitzende Landesfachgruppe GHS

## GEW-Stiftung: erneut viele Anträge

Liebe Kolleginnen und Kollegen in der Oldenburger GEW, die Stiftung „Bildung und Solidarität“ der GEW Oldenburg-Stadt hat seit unserem letzten Bericht in PaedOL 93 erneut viele Anträge von Projekten erhalten, die unsere Unterstützung brauchen. Seit Anfang 2011 haben wir folgende Vorhaben (in Klammern die Antragsteller) gefördert:

**Themenelternabend Von Lebensfreude und Lerngesundheits** (Grundschule Alexandersfeld); **Sprachkurse für Asylbewerber** (Verein zur Förderung multikultureller Arbeit); **Reise nicaraguanischer Jugendlicher nach Oldenburg** (Nicaragua-Verein); **Schülerfahrt nach Bergen-Belsen** (Referendarin Wiebke Post); **Bau einer Friedensbrücke** (Grundschule Ohmstede); **Lehrerfortbildung** (GEW-Schulgruppe NGO); **Anti-Bias-Tagung** (IBKM Uni Oldenburg); **Hörspielprojekt** (Förderverein für theaterpädagogische Jugendarbeit Oldenburg-Süd); **Ausbildung von Trainern für Toleranz und Vielfalt** (IBKM Uni Oldenburg); **Schülerreise zum multilateralen Theatertreffen in Schottland, Youth Against Racism Theatre Exchange 2011 und 2012** (alle: Verein JugendkulturArbeit); **Oldenburg – globale Stadt 3** (FilmRiss); **UNDUGU - 3. Oldenburger Afrika-Tag** (Arbeitskreis Oldenburg-Afrika); **Schülerfahrt nach Esterwegen** (Referendar Bahattin Aslan); Chorkonzert (GAG-Kammerchor); **Einladung des südafrikanischen Chors Bayede Traditional Group** (Shosholozza-Chor). - Insgesamt hat die Stiftung dafür 4 550 € aufgewendet.

Seit Beginn unserer Arbeit ist deutlich, dass die Stiftung in der Regel die – aus unserer Sicht berechtigten – Wünsche der AntragstellerInnen nicht in voller Höhe erfüllen kann; dafür sind das Stiftungskapital und die daraus fließenden Zinsen (nur letztere stehen für die Fördermaßnahmen zur Verfügung) nicht hoch genug. Einige Projekte konnten auch nur deshalb gefördert werden, weil GEW-Mitglieder zusätzliche Fördermittel gespendet haben. In Zukunft, wenn das Stiftungskapital wegen der Finanzkrise geringere Zinsen abwirft, wird die Stiftung noch mehr auf ergänzende Spendenmittel angewiesen sein, will sie Projekte im bisherigen Umfang fördern.

Wir rufen daher dazu auf, die Stiftung durch zusätzliche Spenden zu unterstützen – entweder zur Erhöhung der jährlichen Fördermittel oder zur Erhöhung des Stiftungskapitals, woraus dann dauerhaft zusätzliche Zinserträge fließen. Da die Stiftung als gemeinnützig anerkannt ist, erhalten SpenderInnen Zuwendungsbescheinigungen, die beim Finanzamt steuermindernd vorgelegt werden können.

Es danken im Voraus

Monika de Graaf  
Axel Kleinschmidt  
Hansjürgen Otto  
als Stiftungsvorstand

### Bildung und Solidarität

Stiftung der Oldenburg-Stadt  
c/o GEW Oldenburg-Stadt  
neu: Staugraben 4a  
26122 Oldenburg  
Tel.: 0441 957 28 45  
eMail: [Stiftung@gew-oldenburg.de](mailto:Stiftung@gew-oldenburg.de)  
[www.gew-oldenburg.de/stiftung.php](http://www.gew-oldenburg.de/stiftung.php)

### Spendenkonto:

Landessparkasse zu Oldenburg (LzO)  
BLZ: 280 501 00  
Konto-Nr.: 16 47 932

### Die Stiftung ist gemeinnützig

gemäß Bescheinigung des Finanzamtes Oldenburg (Oldb) vom 28.10. 2010 (St-Nr.: 64/220/15708).

Wir bitten Antragsteller für Fördermittel, die Anträge nur als Datei per eMail ([stiftung@gew-oldenburg.de](mailto:stiftung@gew-oldenburg.de)) an uns zu schicken; auf diese Weise werden alle Vorstandsmitglieder schnell erreicht. Dasselbe gilt für Berichte über die geförderten Projekte, die wir dann von Fall zu Fall gerne im Internet oder in PaedOL veröffentlichen wollen.

**Auf den folgenden Seiten findet Ihr einige Berichte.**

## Erkundungsbericht: „Die Hölle im Moor“

Erkundung der Gedenkstätte des Holocausts in Esterwegen

Erkundung des ehemaligen Arbeits- und Konzentrationslagers: „Hier wurden die Opfer ganz klein“ 23 Schüler der Haupt- und Realschule Varel haben im Rahmen des Unterrichts im Fach Geschichte am 25.05 das Arbeits- und Konzentrationslager Esterwegen erkundet. Die Tagesfahrt wurde mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Bildung und Solidarität der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Oldenburg-Stadt und der Stiftung niedersächsischen Gedenkstätten ermöglicht.

Im Vorfeld der Erkundung haben sich die Schüler mit dem Thema „Errichtung und Zielsetzung der Arbeits- und Konzentrationslager in der NS-Zeit“ auseinandergesetzt. Die Erkundung wurde vor Ort durch Herrn Buck moderiert. Herr Buck stellte das Lager im historischen Kontext vor. Mit einigen Beispielen wurden beeindruckende persönliche Schicksale und grausame Lebensbedingungen der Häftlinge und der Strafgefangene veranschaulicht.

Nach dem Vortrag wurde die Ausstellung im Besucherinformationszentrum Esterwegen erkundet. Anhand von unterschiedlichen Erkundungsbögen wurden sowohl Einblicke in das Leben von ausgewählten Persönlichkeiten, z. B. Carl v. Ossietzky, als auch Einblicke in den Lageralltag ermöglicht.

Abschließend wurde das Lagergelände in Begleitung von Herrn Buck erkundet und hierzu stellten die Schüler zahlreiche Fragen. Damit wurde die Erkundung beendet.

In der nachfolgenden Unterrichtsstunde wurde die Erkundung im Unterricht im Fach Geschichte ausgewertet und reflektiert. Nachfolgend wird stellvertretend eine Schülerreflexion vorgestellt:

### „Was bleibt ist die Erinnerung! Erkundung des Konzentrationslagers: „Hier wurden die Opfer ganz klein“

*Ein Gang durch das NS-Arbeitslager macht stumm. Das ist die Erinnerung an den vielen tausenden Gefangenen und Ermordeten. Heute hat die Natur scheinbar alle sichtbare Spuren einer grausamen und tausendfach ausgeführten Handlung überwuchert: Also, „was bleibt ist die Erinnerung“.*



*Vor vielen Jahren wurden in diesem Lager abertausende Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion und Meinung körperlich und geistig gebrochen und misshandelt. Später mussten im Lager Esterwegen viele Kriegsgefangene und Widerstandskämpfer aus verschiedenen Ländern bis zur Erschöpfung oder Tod arbeiten. Der Tod war hier allgegenwärtig: Denn wer nicht durch Hunger, Erschöpfung und Misshandlung gestorben war, starb durch den Durst. Die geschwächten NS-Opfer tranken das giftige Moorwasser, das häufiger zum gefährlichen Durchfall und dann zum Tod führte. Es ist kaum vorstellbar, dass die Anwohner in der Region wirklich nichts davon gewusst und gesehen haben konnten.“*

Für Rückfragen steht Herr Bahattin Aslan unter E-Mail: [bahattin.aslan@t-online.de](mailto:bahattin.aslan@t-online.de), Tel.: 0173 938 50 33 oder 0441 800 67 24 sehr gerne zur Verfügung.

Bahattin Aslan  
Lehramtsanwärter an der HRS Varel, Juni 2012

Übrigens: Bahattin Aslan, einer der Referenten bei der letzten JHV, ist Anfang des Jahres für seine ehrenamtliche Tätigkeit als einer der „Oldenburger Bürger des Jahres“ geehrt worden. Wir gratulieren!

## Jugendtheateraustausch 2012: Deutschland – Südafrika

Im Programm Youth against Racism Theatre Exchange (YARTE) der Victory Songqoba Theatre Company und des Jugendkulturarbeit e.V. und Teil des Konzeptes Migration und Theater (MUT) des Jugendkulturarbeit e.V.

### Kurzbeschreibung

Vom 19.10. bis zum 4.11.2012 werden sich 15 Jugendlichen aus Südafrika mit 15 Jugendlichen aus Deutschland in Südafrika treffen. Sie werden in dieser Zeit zusammen leben und arbeiten. Unter theaterpädagogischer Anleitung wird in dieser Zeit das Bühnenstück weiterentwickelt, das im Frühjahr 2011 beim Hin-Austausch in Oldenburg zum Thema Träume entstanden ist. Dieses wird in der Folge in den Provinzen Gauteng und KwaZulu Natal in Schulen in der Stadt wie auf dem Land aufgeführt werden. Darüber hinaus wird es in kommunalen Zentren theaterpädagogische Werkstätten geben.

### Die Jugendlichen

Die Jugendlichen der Victory Songqoba Theatre Company, die bereits am Hin-Austausch in Olden-

burg beteiligt waren, stammen aus Soweto und Voslorus in der Provinz Gauteng. Sie sind im Alter von 16 bis 19 Jahren, gehen ausnahmslos noch zur Schule, leben aber fast alle in nicht mehr ‚vollständigen‘ Familien weil entweder der Vater die Familie verließ oder weil die Jugendlichen durch den HI-Virus zu Waisen oder Halbwaisen wurden.

Die Jugendlichen aus den Zusammenhängen des Jugendkulturarbeit e.V., die an diesem Austausch teilnehmen, sind mit 16 bis 19 Jahren im selben Alter wie die südafrikanischen Jugendlichen und gehen wie diese ausnahmslos noch zur Schule. Sie sind Schülerinnen und Schüler verschiedener Schulformen wie Berufsbildende Schule, Förderschule, Gymnasium und Hauptschule. Die Oldenburger Jugendlichen haben zu 67% einen Migrationshintergrund, vier von ihnen haben mindestens einen Elternteil schwarzer Hautfarbe.

Reimer Meyn  
JugendKulturArbeit e.V.



Die Jugendlichen und das Team der ersten Begegnung 2011

## Anti-Bias-Tage an der Uni Oldenburg vom 07. bis 09. Oktober 2011

Berichte, Eindrücke und Reflexionen des Organisationsteams

### Was will diese Tagung?

Die Anti-Bias-Tage widmen sich dem Anti-Bias-Ansatz und damit allen Menschen, die gegen Diskriminierung und gesellschaftliche Schiefen (weiter) aktiv werden wollen. Im Rahmen der Tagung wollen wir eine Begegnung von Menschen mit unterschiedlichen Zugängen zum Ansatz ermöglichen. Wir wollen Projekte und Handlungsfelder der Anti-Bias-Arbeit sichtbar werden lassen und den Ansatz erlebbar und bekannt machen. Dies beinhaltet das Angebot, sich über Austausch, Solidarisierung und gemeinsame Perspektivarbeit in der Handlungsfähigkeit gegen Diskriminierung zu stärken. Dabei ist die leitende Idee der Tagung, die Anti-Diskriminierungsarbeit in diversen pädagogischen und politischen Arbeitsfeldern zu stärken, Mitstreiter\*innen zu gewinnen und Akteur\*innen zu vernetzen.

### DAVOR....

Etwa Anfang Februar begann das Ausloten eines ersten Orga-Treffens in der Konstellation, in der wir schließlich bis zur Tagung gearbeitet haben. Zu diesem Zeitpunkt standen bereits Termin und Ort, es gab eine Zusage zu einem Vortrag von Beryl Hermanus aus Kapstadt, erste potentielle Geldgeber und Kooperationspartner\_innen waren angefragt, wenig Unterstützungszusagen, einige Absagen.

Bald nach einem ersten Treffen des Orga-Teams in Hamburg Mitte März, wurde per mail über den Titel diskutiert und sich auf »Anti-Bias-Tage. Rückblicke – Augenblicke – Ausblicke« geeinigt.

Inhaltlich stellten sich uns viele Fragen, die uns in den folgenden Monaten neben der Erstellung einer Internetseite sowie der Akquise von Fördergeldern, beschäftigten: Wie kann das Treffen niedrigschwellig gestaltet sein und viele Menschen erreichen? Wen wollen wir erreichen? Und wie dann mit so vielen Menschen eine „Anti-Bias-Atmosphäre“ schaffen? Geht das überhaupt? Wie kann es uns in diesen Räumen gelingen, starre Sitzordnungen aufzubrechen, und sowohl Raum für Rückzug als auch für Interaktion zu bieten? Wie kann ein Teil des bisherigen „Anti-Bias-We-

ges“ in Deutschland abgebildet werden, und wie können gleichzeitig Lücken sichtbar werden, die aus der Unvollständigkeit unserer Perspektive entstehen?

### DANACH...

Als Orga-Team sind wir reicher um viele Gespräche, Begegnungen, lustige und anregende Momente aus den Anti-Bias-Tagen gegangen. Wir haben den Eindruck, dass wichtige Fragen zur weiteren Anti-Bias-Arbeit im deutschen Kontext sichtbar wurden. Viele der Referent\*innen sind im Anschluss gleich weiter gereist zu einer anderen Anti-Bias-Tagung von „Perspektivwechsel“ in Weimar: Wir sehen daran, dass der Ansatz auf Interesse stößt und dass es viele mutige Menschen gibt, die sich (manchmal sogar gleich zwei Tagungen hintereinander) auf die oft anstrengenden und nicht auflösbaren Prozesse einlassen wollen, die zur Arbeit gegen gesellschaftliche Schiefen und Unterdrückungsverhältnisse gehören.

Das Bemühen eine Tagung im Sinne des Ansatzes zu gestalten, hat besondere Schwierigkeiten sichtbar werden lassen. Wir bewegten uns im Spannungsfeld von Struktur geben und Verantwortungsübernahme durch das OrgaTeam auf der einen und Prozessorientierung und Beteiligung aller Anwesenden auf der anderen Seite. Das war für alle Beteiligten anstrengend und herausfordernd.

Im Kleinen auf unsere Tagung geguckt gibt es Vieles, zu dem wir uns im Vorfeld genauere Gedanken hätten machen können, und andere Aspekte, um die wir uns weniger einen Kopf hätten zu machen brauchen. Eine\*r aus unserem Orga-Team brachte das am Morgen nach der Tagung beim Abbau auf den Punkt: „Am liebsten würde ich mit Allem, was wir jetzt wissen, die ganze Tagung noch mal machen!“

... und sehr viel mehr dazu erfahrt Ihr unter:  
<http://www.anti-bias-tage.de/>



## M-Dur für uns Gewerkschaftler

Der Kreisvorstand der GEW lud alle Mitglieder des Kreisverbandes (über 1000) zum 13. Oktober ins Wilhelm 13 ein, um bei einer Musikdarbietung von zwei jungen Männern am Marimbaphon und Vibraphon miteinander ins Gespräch zu kommen.

Leider fühlten sich nur wenige angesprochen – doch diese erlebten eine musikalische Darbietung, die faszinierte! Die beiden Vibraphonartisten versetzten alle in Staunen und Bewunderung. Nach 8 Wochen Schule im neuen Schuljahr eine gelungene Einstimmung in die Herbstferien.

Man traf auch noch „alte“ Bekannte und neue, junge GEW-Mitglieder, mit denen man schnell ins Gespräch

kam, um sich über schulische und private Themen auszutauschen!

Ein kurzweiliger Abend – ideal um sich von dem immer wieder anstrengenden Lehralltag „runterzukommen“!

Bedauerlich war jedoch, dass nur wenige den Weg ins Wilhelm 13 fanden. Da hat sich der Kreisvorstand der GEW etwas Nettos einfallen lassen, doch die Mitglieder nahmen dieses nicht an oder



hatte sie die Einladung nicht erreicht oder fühlten sie sich nicht angesprochen?

Warum nicht?

Hier wurde eine Chance vergeben, als GewerkschaftlerInnen mal wieder miteinander ins Gespräch zu kommen.

Wir beschwerten uns immer wieder, dass die Gewerkschaft so wenig für ihre Mitglieder tut – „Gönnt Euch was“ am 13. 10. 11 sollte ein Geschenk für die Mitglieder sein, vielleicht wurde es nicht so verstanden?

Wie soll ein Kreisverband die Basis aktivieren, wenn diese nicht einmal Zeit zum „lockeren Austausch“ findet?

Es ist zu hoffen, dass sich der Kreisverband der GEW-Oldenburg-Stadt nicht entmutigen lässt und weiterhin versucht, seine Mitglieder zum informellen Gedankenaustausch einzuladen – auch in unterhaltsamer Atmosphäre!

Egal wie der Abend heißt, ob „Gönnt Euch Was“ oder „Heiter in die Ferien“ oder „Wir treffen uns“ oder .....

Wir Oldenburger GEW-lerInnen sollten uns mal einen Ruck geben und das nächste Mal mit mehr Begeisterung und Engagement diese Veranstaltungen für uns annehmen!

Paul-Willem Schläfke



## Kreisvorstand GEW Oldenburg-Stadt

<b>Vorsitzende</b>			
Heinz Bührmann	Alte Gärtnerei 6 26125 Oldenburg	0441 - 36 14 89 19 heinz57gew@ewetel.net	<b>Vorsitzender</b>
(nicht besetzt)			<b>Stellvertretende Vorsitzende</b>
Monika de Graaff	Am Tennispark 5 26127 Oldenburg	0441 - 7 15 46 , Fax 570 22 23 m.degraaff@t-online.de	<b>Schatzmeisterin</b>
<b>Weitere Mitarbeit im Vorstand</b>			
Diethelm Freytag	Maria-Montessori-Str. 7 26127 Oldenburg	0441 - 683 55 88, Fax: 683 55 87 diethelm.freytag@t-online.de	<b>FG Gymnasien</b>
Silke Lühmann	Weskampstraße 24 26121 Oldenburg	0441 - 88 47 61 silke.luehmann@t-online.de	<b>FG Sonderschulen</b>
Eva Bensch	Schulstr. 107 26180 Rastede	eva.bensch@ewetel.net	<b>FG Senioren</b>
Anne Bald	Masurenstraße 33 26127 Oldenburg	0441 - 6 39 32 anne.bald@gmx.de	
Elfie Feller	Brookweg 179 26127 Oldenburg	0441 - 777 57 57 elfie-feller@gmx.net	
Jack Morgenbrodt	Am Hayengraben 2 26135 Oldenburg	0441 - 20 40 58 jackmorgenbrodt@web.de	
Hansjürgen Otto	Uhlhornsweg 41 26129 Oldenburg	0441 - 7 47 01 hansjuergen.otto@t-online.de	<b>Redaktion PaedOL</b>
<b>Büro</b>			
Merle Bührmann	neu: Staugraben 4a 26122 Oldenburg	0441 - 9 57 28 45 Fax: 248 8004 info@gew-oldenburg.de	<b>Verwaltung</b> Mittwoch und Donnerstag 15-18 Uhr (während der Schulferien nicht besetzt!)

Der Kreisvorstand tagt monatlich außerhalb der Schulferien. Die Sitzungen sind öffentlich. Termin und Ort der Sitzungen werden auf der Homepage des Kreisverbandes bekannt gegeben:  
<http://www.gew-oldenburg.de/kvtermine.php>

## Vorstand „Bildung und Solidarität“ Stiftung der GEW Oldenburg-Stadt

Monika de Graaff	Am Tennispark 5 26127 Oldenburg	0441 - 7 15 46, Fax 0441-570 22 23 m.degraaff@t-online.de	<b>Schatzmeisterin</b>
Axel Kleinschmidt	Graf-Spee-Str. 44 26123 Oldenburg	0441 - 969 49 94 axel.kleinschmidt@uni-oldenburg.de	
Hansjürgen Otto	Uhlhornsweg 41 26129 Oldenburg	0441 - 7 47 01 hansjuergen.otto@t-online.de	<b>Sprecher</b>

eMail: [stiftung@gew-oldenburg.de](mailto:stiftung@gew-oldenburg.de)

Spendenkonto: Nr. 16 47 932 - BLZ: 280 501 00 - Landessparkasse zu Oldenburg (LzO)

Entscheidungen über Förderanträge in der Regel im Januar und Juli.

Wir haben einen gemeinsamen Internet-Auftritt und eine neue Web-Adresse:

<http://www.gew-oldenburg.de>

## Die GEW ist umgezogen !

Gemeinsam mit dem GEW-Büro des Bezirksverbands Weser-Ems ist auch unser Büro Anfang September umgezogen. Die neue **Adresse** lautet:

GEW Kreisverband  
Oldenburg-Stadt  
Staugraben 4a, 26122 Oldenburg

Das Büro ist von den VWG-Bushaltestellen **Lappan** und **Staustraße** (von allen Buslinien angefahren) gut zu Fuß zu erreichen.

**Telefonnummer** ist unverändert die (0441) 957 28 45



Und auch die **Bürozeiten** bleiben wie bisher: Mittwoch und Donnerstag 15:00 bis 18:00 Uhr (außer in den Schulferien)

Unser Büro bietet **Sitzungsmöglichkeiten** für kleine GEW-Gruppen (nach Absprache).

Auch der **Kreisvorstand** tagt monatlich hier; er tagt öffentlich für alle Mitglieder des Kreisverbands. Die **Termine** werden angezeigt unter: <http://www.gew-oldenburg.de/kvtermine.php>



Im neuen Büro begrüßt euch während der Bürozeiten *Merle Bührmann*.

## Irmelin Schachtschneider

die über viele Jahre im Kreis- und Landesverband der GEW (und weit darüber hinaus) aktiv war, ist am 27. Juli gestorben.

Wir werden sie in Erinnerung behalten.



Wir trauern um unsere Kollegin

### Irmelin Schachtschneider

Mit ihr haben wir eine sehr engagierte Pädagogin, eine überaus vorbildlich solidarische Gewerkschafterin und eine liebe Freundin verloren.

Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.



**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**  
KV Oldenburg-Stadt  
f. d. Vorstand: Heinz Bührmann



**INFOPOST**  
Ein Service der Deutschen Post

**GEW-Kreisverband**  
**Staugraben 4a**  
**26122 Oldenburg**

## Einladung zur JahresHauptVersammlung

des Kreisverbands Oldenburg-Stadt  
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

**Donnerstag, 22. November 2012 um 19:00 Uhr**

**Hotel Heide** (Melkbrink 49-52, 26121 Oldenburg)

**Vor Beginn der Tagesordnung**  
**(19:00 bis etwa 20:00 Uhr):**

### Inklusion in Oldenburg

**Welcher Fahrplan? – Welche Bedingungen? – Welche Forderungen? Information und Diskussion**

(Dieser Teil der Veranstaltung ist öffentlich auch für NichtMitglieder)

**Tagesordnung der internen Veranstaltung**  
**(ab etwa 20:00 Uhr):**

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Protokoll der JHV 2011
3. Tätigkeitsbericht des Vorstands 2011/12
4. Kassenbericht
5. Entlastung des Vorstands
6. Wahlen
  - a) stellv. Vorsitzende/r
  - b) weitere Mitarbeit im Vorstand
  - c) Delegierte zur BezirksDelegiertenVersammlung
7. Anträge und Finanzen
8. Berichte
9. Verschiedenes

## Impressum

**Herausgeber\_in:** **GEW** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,

Kreisverband Oldenburg-Stadt  
Staugraben 4a, 26122 Oldenburg, Tel. 0441/957 28 45

info@gew-oldenburg.de

Hansjürgen Otto

Hansjürgen Otto und Gegendruck

Hansjürgen Otto, Uhlhornsweg 41, 26129 Oldenburg

Gegendruck

1600

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Redaktion:**

**Gestaltung:**

**V.i.S.d.P.:**

**Druck:**

**Auflage:**